

Sloweniens innenpolitische Lage vor der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft

Am 1. Januar 2008 wird Slowenien als erstes der jüngsten EU-Mitgliedstaaten die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union übernehmen. Das sonst kaum beachtete, wirtschaftlich überaus erfolgreiche Land mit seinen gut 2 Millionen Einwohnern wird dadurch schon bald in den Fokus der europäischen Öffentlichkeit und der politischen Beobachter treten. Für Slowenien selbst stellt die Präsidentschaft eine immense Herausforderung dar, die von mehr als tausend Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes und mehreren hundert auf Zeit eingestellten jungen Fachkräften bewältigt werden soll. Darüber hinaus hat die bevorstehende Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft bereits in diesem Spätsommer zu einer Neuorientierung in der slowenischen Außenpolitik geführt. Und schließlich benötigt Regierungschef Janez Janša eine erfolgreich abgeschlossene Präsidentschaft, um nach den im Herbst 2008 anstehenden Parlamentswahlen weiter regieren zu können.

Sloweniens Vorbereitungen auf die EU-Ratspräsidentschaft

Sloweniens Vorbereitungen auf die Ratspräsidentschaft haben bereits Anfang 2005 mit der Aufstellung der personellen Infrastruktur begonnen. Politische Besucher in Ljubljana spüren seitdem in wachsendem Maße die feste Entschlossenheit der Regierung, Europa zu beweisen, dass man im Stande ist, die europäische Familie ein halbes Jahr lang zu führen und die Präsidentschaft zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Abgesehen von den infrastrukturellen Vorbereitungen, die in enger Abstimmung und mit Unterstützung vor allem der deutschen Partner erfolgen, hat Slowenien in diesem Spätsommer auch eine außenpolitische Neupositionierung vorgenommen, die einen der Hauptschwerpunkte der slowenischen Präsidentschaft beschreibt: das Land hat sich diplomatisch in die Region, zu der es nun einmal gehört, zurückgemeldet.

Obwohl Slowenien sich im vergangenen Jahrzehnt, wohl teilweise auch mit schlechtem Gewissen, von den Problemen des westlichen Balkan im Wesentlichen distanziert hat und mit dem Ziel eines raschen EU-Beitritts seinen eigenen Weg gegangen ist, kennt es die Geschichte und die Mentalität der Menschen in der Region hervorragend. Überdies verfügt es über sehr gut entwickelte Handelsbeziehungen. Vor diesem Hintergrund will man die Präsidentschaft dazu nutzen, den Annäherungsprozess der Länder des westlichen Balkan an die EU weiter zu forcieren und entsprechende Voraussetzungen zu schaffen. Um hierfür den Rücken frei zu haben, ist

KROATIEN

DR. CHRISTIAN SCHMITZ

Oktober 2007

www.kas.hr

Regierungschef Janša zunächst auf die kroatische Seite zugegangen. Nach dem Treffen mit seinem kroatischen Amtskollegen Sanader in Bled Ende August des Jahres scheint eine mittelfristige Lösung der slowenisch-kroatischen Problemagenda möglich: die Grenzstreitigkeiten sollen durch ein bilateral vorbereitetes Schiedsgerichtsverfahren vor dem Internationalen Gerichtshof im Haag beigelegt werden, und um die Entschädigung kroatischer Kunden der Pleite gegangenen *Ljubljanska Banka* sowie um die Zukunft des gemeinsam auf slowenischem Boden betriebenen Kernkraftwerks *Krško* sollen sich bilaterale Expertenkommissionen kümmern.

Insgesamt nimmt die Übereinkunft den slowenischen-kroatischen Beziehungen das Spannungspotential und stellt die Scharfmacher auf beiden Seiten – hoffentlich auf Dauer – ruhig. Sicher ist, dass die slowenische Präsidentschaft Kroatien alle nur mögliche Unterstützung geben wird, seine Beitrittsverhandlungen mit der EU zügig und erfolgreich weiterführen zu können. Darüber hinaus wird die slowenische Präsidentschaft darauf hinarbeiten, dass Mazedonien ein klares Datum für den Beginn der Beitrittsverhandlungen genannt und Serbien der Kandidatenstatus verliehen wird, sofern die flüchtigen Kriegsverbrecher ergriffen und ausgeliefert werden. Serbien kann ferner in der Kosovo-Frage darauf zählen, dass seinen Positionen von slowenischer Seite weit größeres Verständnis entgegen gebracht wird, als dies bei den meisten EU-Mitgliedern der Fall ist.

Die genauen Zielprioritäten der slowenischen Ratspräsidentschaft werden sich nach der Auswertung des EU-Herbstgipfels ab Anfang November ergeben. Neben den Themenschwerpunkten Erweiterung und Fortführung der institutionellen Reformen werden nach derzeitiger Planung der Lissabon-Prozess, der interkulturelle Dialog und Fragen der gemeinsamen Energiepolitik auf der Präsidentschaftsagenda stehen. Wichtigste Koordinierungsstelle für die Vorbereitung des slowenischen EU-Vorsitzes ist das „Regierungsbüro für Europäische Angelegenheiten“ (*SVEZ*). Die Internetseite der Institution informiert im Detail über die Präsidentschaftsvorbereitungen (www.svez.gov.si).

Sloweniens „neue Linke“ und die Präsidentschaftswahlen

Die bevorstehende Wahl eines neuen Staatspräsidenten, ein Popularitätsverlust der bürgerlichen Regierungskoalition und tiefgreifende Veränderungen an der linken Seite des Parteienspektrums kennzeichnen die aktuelle innenpolitische Lage in Slowenien.

Zur Erinnerung: Die von Janez Janša und seinen *Slowenische Demokraten (SDS)* geführte bürgerliche Koalition mit *Neues Slowenien (NSi)*, *Volkspartei (SLS)* - alle drei *EVP-Mitglieder* - und der *Rentnerpartei* hatte im Oktober 2004 die bis dahin regierende *LDS (Liberaldemokraten)* abgelöst und eine weitere Bestätigung bei den Kommunalwahlen im Herbst vergangenen Jahres erfahren. Danach kam es zu Verschiebungen in der slowenischen Parteienlandschaft, die mit einem Auflösungsprozess der *Liberaldemokraten*

KROATIEN

DR. CHRISTIAN SCHMITZ

Oktober 2007

www.kas.hr

begannen. Die *LDS*, im Grunde ein Zusammenschluss von Postkommunisten und Pragmatikern, hatte in den langen Jahren ihrer Regierungszeit Slowenien zur politischen Beute der Linken gemacht und hielt darüber hinaus alle Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Gesellschaft unter Kontrolle. Der Machtverlust war für die *LDS* ein Schock, von dem sie sich nicht wieder erholen konnte. Auch wenn es in der jüngsten Zeit zu einer leichten Konsolidierung kam, wurde sie politisch marginalisiert. Vielmehr verließen viele prominente Mitglieder und Parlamentsabgeordnete die Partei. Einige wenige, wie der amtierende Außenminister Rupel, schlossen sich sehr schnell der *SDS* an, die meisten aber gingen zu den *Sozialdemokraten (SD)* über, wurden zu unabhängigen Kandidaten oder gingen unideologische Zweckbündnisse ein.

Parallel zu diesem Prozess kam es zu einem rasanten Aufstieg der *SD*, welche die regierende *SDS* in den Umfragen mehr oder weniger deutlich überholt hat. Zwar schwankt der Vorsprung der *SD* je nach Umfrage zwischen einem und zehn Prozentpunkten, und die Werte sind auch deshalb mit Vorsicht zu genießen, weil die Erhebungen von überwiegend linksorientierten Presseorganen in Auftrag gegebenen wurden, doch in der Gesamtschau wird eines klar: Fänden in diesem Herbst Parlamentswahlen in Slowenien statt, so gäbe es keine Chance für eine bürgerliche Mehrheit. *NSi* und *SLS* könnten sogar an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern und müssten um ihren Wiedereinzug ins Parlament bangen.

Natürlich verlangt die rigide Reform- und Konsolidierungspolitik der Regierungskoalition (vgl. Länderbericht vom 8. September 2006) den Bürgern in Slowenien, die nach der Euro-Einführung zudem mit drastischen Preiserhöhungen konfrontiert werden, einiges ab. Deshalb ist der Beliebtheitsverlust der Regierungsparteien in den Umfragen auch weniger spektakulär als der Aufstieg der Sozialdemokraten. Dieser ist eng verbunden mit dem Veränderungsprozess, dem Borut Pahor, seit 2005 Vorsitzender der *SD*, seine Partei in den vergangenen beiden Jahren unterzogen hat.

Der Europaabgeordnete (*PSE*) und Diplompolitologe Pahor hat die sozialrevolutionären Relikte der *SD* beseitigt und ihr einen pragmatischen Kurs verordnet. Er selbst hat es schnell zum politischen Liebling der slowenischen Medien gebracht, die er mit einem smarten und unverstellten Auftreten für sich gewinnen konnte. Vom Typ her erinnert Borut Pahor stark an den jungen Tony Blair, und im politischen Wettstreit setzt er weit mehr auf Kooperation denn auf Konfrontation. Inhaltliche Substanz oder Alternativen zum Regierungshandeln haben Pahor und seine gewandelten Sozialdemokraten bisher nicht gezeigt. Statt dessen bedienen sie das ausgeprägte Harmoniebedürfnis ihrer Landsleute, loben mitunter sogar die Regierung, wobei sie stets betonen, dass die *SD* das Wohl der einzelnen Menschen viel mehr im Blick habe als die Konkurrenz aus dem bürgerlichen Lager. Offenbar scheint Borut Pahors Charmeoffensive bei den Slowenen gut anzukommen, zumal sein politisches Kalkül dahin geht, nach den nächsten Wahlen eher eine große Koalition mit der *SDS* einzugehen, als den in der Bevölkerung unbeliebt gewordenen Liberaldemokraten zu neuem Auftrieb zu verhelfen.

KROATIEN

DR. CHRISTIAN SCHMITZ

Oktober 2007

www.kas.hr

Mit Borut Pahor als Vormann hat sich die politische Linke in Slowenien erholt, neu formiert und sieht nun die Chance zur Rückkehr an die Macht. So haben die linken Netzwerke, die etwa um den ehemaligen Staatspräsidenten Milan Kučan oder um den populären altkommunistischen Querdenker und Rebellen Janez Stanovnik entstanden sind, massiven Einfluss auf Pahor ausgeübt, damit dieser nicht, wie er es ursprünglich beabsichtigt hatte, bei der bevorstehenden Wahl des slowenischen Staatspräsidenten antritt. Denn dann wäre er der Linken als Trumpf bei den Parlamentswahlen abhanden gekommen. Janez Janša wird sich also auf einen gefährlichen Gegner für den Herbst 2008 einzustellen haben.

Dem gegenüber dürfte es der Christdemokrat und Europaabgeordnete Alojz (Lojze) Peterle aus der *NSi* in wenigen Wochen bei den slowenischen Präsidentschaftswahlen leichter haben. Der in allen Umfragen als Favorit geführte gemeinsame Kandidat von *SDS*, *NSi* und *SLS* dürfte sich am 2. November im zweiten Wahlgang durchsetzen. Doch den Erfolg Peterles wird sich die bürgerliche Koalition weder auf ihre Fahnen schreiben, noch wird sie von ihm profitieren können. Peterle ist in Slowenien ein über die Grenzen der Parteien hinaus respektierter und angesehener Politiker, dem am besten zugetraut wird, das Land auf internationaler Bühne zu vertreten.

Traditionell halten sich die politischen Parteien bei den Präsidentschaftswahlen auch eher zurück. Diese sind vielmehr ein Wettstreit von Persönlichkeiten und der slowenische Präsident hat, obwohl direkt vom Volk gewählt, hauptsächlich repräsentative Funktionen und soll eine moralische Autorität darstellen. Nur für den Fall einer Staatskrise werden ihm politische Funktionen zugestanden.

Die Zukunft des bürgerlichen Lagers in Sloweniens Parteienspektrum

Angesichts der sehr knappen politischen Mehrheitsverhältnisse im Lande benötigt das vor drei Jahren „wiedervereinigte“ bürgerliche Lager nachweisbar erfolgreiche Ergebnisse der slowenischen Ratspräsidentschaft, um nach dem Herbst 2008 in der bisherigen Aufstellung weiter regieren zu können. Zum Problemfall innerhalb des bürgerlichen Dreiparteienbündnisses ist inzwischen klar erkennbar die *SLS* geworden. Nachdem es der *Slowenischen Volkspartei* bei den Wahlen im Herbst 2004 nur durch einen geschmacklos, aber öffentlichkeitswirksam provozierten Zwischenfall mit kroatischen Grenzbeamten gelungen war, sich haarscharf ins slowenische Parlament zu hieven, hat man seitdem in der öffentlichen Selbstdarstellung von antikroatischer Rhetorik nicht lassen können. Offenbar hoffte die Parteiführung unter Umweltminister Janez Podobnik darauf, bei jenen Wählern punkten zu können, die zwar eine kompromisslose Haltung in den slowenisch-kroatischen Streitfragen unterstützen, denen das nationalistische Gehabe der *SNS (Slowenische Nationalpartei)* jedoch zu weit geht. Podobnik hat mit dieser Strategie seiner Partei jedoch geschadet und womöglich auf Sicht gesehen die bürgerliche Mehrheit im slowenischen Parlament verspielt. Nachdem die *SLS* es schon seit Jahren versäumt hat, sich ein klares programmatisches Profil zu geben, hat sie sich vor dem Hintergrund von Regierungsdiziplin und den Erwartungen der EU an die slowenische

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. CHRISTIAN SCHMITZ

Oktober 2007

www.kas.hr

Ratspräsidentschaft wider Willen zu einem slowenisch-kroatischen Ausgleich bekennen müssen. Damit ist ihr die Identität abhanden gekommen, die sie in den vergangenen Jahren aus ihrer antikroatischen Rhetorik ableiten konnte, und ihr droht das Versinken in die politische Bedeutungslosigkeit. Das bürgerliche Lager in Slowenien wäre damit auf lange Sicht nicht mehr mehrheitsfähig.

Einiges spricht damit aus heutiger Sicht dafür, dass Slowenien nach den Parlamentswahlen in einem Jahr von einer großen Koalition aus *SDS* und *SD* regiert werden wird. Und wenn die slowenische Regierung die EU-Ratspräsidentschaft mit Hilfe der Partner erfolgreich meistern wird, dann würde der Premierminister des Landes vermutlich auch nach dem Herbst 2008 weiter Janez Janša sein, der sich die Macht allerdings mit der «neuen Linken» Sloweniens teilen müsste. Deren Frontmann Borut Pahor und die ihn unterstützenden alten Netzwerke aus sozialistischen Zeiten könnten dann den Erfolg genießen, die politische Linke Sloweniens nach der Niederlage von 2004 in nur einer Legislaturperiode wieder zurück in die Regierung geführt zu haben.

